

Sächsischer Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassette: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtschlüssel: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg., Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinbennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proßen, Rathmannsdorf, Reinhardtswitz, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Joh. Walter Hiele
Verantwortlich: K. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7 gespaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg., Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“, „Aus der Welt der Frau“, Illustrierte Sonntagsbeilage

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 295

Bad Schandau, Montag, den 19. Dezember 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Reichsaussenminister Dr. Stresemann ist heute vormittag von seiner Reise nach Königsberg wieder nach Berlin zurückgekehrt.

* Wie aus Guatemala-Stadt berichtet wird, sind infolge eines Feuers das Pulvermagazin und andere Gebäude, in denen Dynamit und Petroleum aufbewahrt wurden, in die Luft geflogen. Man befürchtet, daß zahlreiche Personen ungelungen sind. Die Zahl der Verletzten beträgt nach den bisherigen Feststellungen 15.

* Als erste Folge des zwischen der Tschechoslowakei und dem Vatikan hergestellten Modus vivendi wird der päpstliche Nuntius Marmaggi in den ersten Januar Tagen, wahrscheinlich nach dem Dreikönigstag, nach Prag zurückkehren, um die Leitung der Prager Nuntiatur wieder zu übernehmen.

Das dritte Dawes-Jahr.

Mit reichlicher Verspätung veröffentlicht jetzt der Reparationsagent seinen und seiner Unteragenten Bericht über das dritte „Dawes-Jahr“, das bereits am 1. September abgelaufen war. Man hat dem Erscheinen dieses natürlich wieder sehr umfangreichen Berichtes mit einiger Spannung entgegengesehen im Hinblick auf die Auseinandersetzungen, die zwischen Parker Gilbert und der deutschen Reichsregierung Ende Oktober stattgefunden hatten und die so großes Aufsehen in Deutschland und auch darüber hinaus erregten. Daß der Generalagent feststellt, Deutschland habe seine Verpflichtungen aus dem Dawes-Abkommen auch im dritten Jahre reiflos und pünktlich erfüllt, können wir zwar mit Genugtuung aufnehmen; aber diese Genugtuung hat einen für uns sehr säuerlichen Beigeschmack!

Wichtiger aber als diese Feststellung sind die Schlussfolgerungen, die der Reparationsagent aus der ganzen bisherigen Entwicklung der Dawes-Zahlungen zieht und die er in seinem Memorandum an die Reichsregierung bereits andeutete; man kann sie kurz dahin zusammenfassen: Parker Gilbert weiß nicht, wie er die in breiteren und immer breiteren Strömen in seine Kasse hereinflutenden deutschen Zahlungen verwerten soll, ohne die deutsche Währung durch Überweisung größerer Summen in bar an die Reparationsgläubiger zu gefährden. Nicht die Erfüllungsmöglichkeit des Dawes-Planes an sich ist zum Kern des ganzen Problems geworden, sondern dieser Paratransfer, die Verwendung der Gelder für deutsche Sachlieferungen, die mit Reichsmark bezahlt werden, also des Anlaufs von Devisen nicht benötigen, stößt auf immer engeren Grenzen, ist jetzt auf die Hälfte der Gesamtsumme herabgesunken. Was also tun? Die Gläubiger, besonders England und Frankreich, wollen mehr bares Geld sehen.

Da macht nun Parker Gilbert einen Vorschlag, der darauf hinausläuft, die deutsche Reparationspflicht und gültig festzusetzen auf einer absoluten Grundlage, die keinerlei Maßnahmen zum „Schutz des Transfers“ vorsieht. Das heißt nichts anderes, als daß die Vorteile, die uns der Dawes-Plan hinsichtlich der Beschränkung des Paratransfers-Stabilisierung der deutschen Währung — gewährt, wegfallen sollen, die deutsche Regierung „unter eigener Verantwortlichkeit, ohne ausländische Überwachung und ohne Transferschutz“ handelt. Das heißt weiter zwar eine entschiedene und — entscheidende Kritik an den Grundlagen des ganzen Dawes-Planes ausüben, heißt aber vor allem: Deutschland ist verantwortlich nicht bloß für die Aufbringung der Zahlungen, sondern auch für ihre Transfrierung. Hiergegen wird man in Deutschland — so theoretisch verlockend an und für sich namentlich wegen des künftigen Fortfalls jeder ausländischen Kontrolle ein solcher Vorschlag ist — doch die stärksten Bedenken geltend machen müssen, solange nicht unser gesamtes Wirtschafts- und Finanzsystem auf eine ganz andere Grundlage gestellt, nämlich sehr viel besser konsolidiert sind, damit nicht durch einen Fortfall jeglichen Schutzes unsere Währung, die durch die wachsende deutsche Auslandsverschuldung und durch die große Passivität unserer Zahlungs- und Handelsbilanz schwer bedroht ist, nun auch noch durch einen hemmungslosen Paratransfer neuen Gefahren ausgesetzt wird.

Eines jedenfalls geht aus Parker Gilberts Bericht hervor: der Dawes-Plan steht schon jetzt mitten in der Krise.

Französische Pressestimmen gegen die Aufhebung der Finanzkontrolle in Deutschland.

Paris, 19. Dezember. Im „Journal des Debats“ verlangt Gavoin im Zusammenhang mit dem Bericht Parker Gilberts die Aufrechterhaltung der Finanzkontrolle in Deutschland. Die ausländische Kontrolle sei eine Garantie für Deutschland, aber auch für seine Gläubiger und für den Frieden. Nur Parker Gilbert könne gegenwärtig auf die deutschen Behörden einen gewissen Einfluß ausüben. Es sei wünschenswert, daß der Dawes-

plan im Interesse aller Parteien beibehalten werde. Die Finanzkontrolle könne nur aufgehoben werden, wenn die allgemeine Politik für gleichwertige Garantien Sorge trage. Auch die Links- und Rechten, von einer Revision des Dawesplanes könne ohne vorherige Lösung des interalliierten Schuldenproblems nicht gesprochen werden.

Ablehnung des Schiedspruchs durch die Arbeitgeber.

Die Stilllegungsdrohung bleibt aufrechterhalten. In einer Begründung der Ablehnung des Schiedspruchs in der Eisenindustrie durch die Arbeitgeber wird u. a. darauf hingewiesen, daß in dem Teil des Schiedspruchs, der die Arbeitszeit regelt, die Röhrengießereien und Hochöfengießereien nicht berücksichtigt seien. Es sei unmöglich, in diesen Betrieben in der 3×Achtstundenschicht zu arbeiten, da sonst ein erheblicher Produktionsausfall zu befürchten sei. Sinngemäß müsse für diese Betriebe die gleiche Regelung eingeführt werden wie für die Hammer- und Presswerke und die entsprechenden Walzwerke.

Weiterhin geht die Begründung auf die durch den Schiedspruch vorgenommene Erhöhung der Lohnzulage für Mehrarbeit von 12,5 auf 25 Prozent ein. Die Arbeitgeberseite habe, um ein Entgegenkommen zu zeigen, freiwillig eine Erhöhung von 12,5 auf 15 Prozent angeboten, sie müsse darum nach dem ganzen Gang der Verhandlungen über die unerwartete Erhöhung auf 25 Prozent bestürzt sein. Die Exportfähigkeit sowohl der eisenverarbeitenden wie der eisenverarbeitenden Industrie, deren mißliche Lage auch von den Gewerkschaften anerkannt worden sei, werde bei Bestehenbleiben des Schiedspruchs weiter verringert. Stattdessen billige aber der Schiedspruch den Arbeitern einen Lohnausgleich zu, der die Werke erheblich über die nur bedingten wirtschaftlichen Vorteile hinaus belastet, die die Werke durch die Sonntagsarbeit erzielen können. Daher müßten die beiden Schiedsprüche über Arbeitszeit und Löhne abgelehnt werden.

Die Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes nahmen in einer stark besuchten Versammlung in Bochum Stellung zu dem Schiedspruch für die nordwestliche Gruppe. Es wurde eine Entschlieung gefaßt, in der es heißt: Der Schiedspruch für die Löhne und die Arbeitszeit in der nordwestlichen Gruppe ist für den Deutschen Metallarbeiterverband unannehmbar.

Eine zur Veröffentlichung gelangende offizielle Erklärung von Arbeitgeberseite weist nochmals darauf hin, daß die Ankündigung der Stilllegung in der Eisenindustrie aufrechterhalten werde und die Frage der Kündigung noch in keiner Weise entschieden ist.

Schiedspruch für das Niederschlesische Kohlenrevier.

In den Lohnverhandlungen im Niederschlesischen Kohlenrevier wurde der Schiedspruch gefällt. Danach werden das Badener Revier und das Neutrober Kohlenrevier getrennt behandelt. Es tritt für beide am 1. Januar und am 1. April 1928 eine Lohnerhöhung in Kraft. Beispielsweise werden die Handwerkerlohnätze ab 1. Januar um etwa 10 Prozent und ab 1. April um weitere 4 Prozent erhöht.

Konflikt Rußland-China.

Gereizter Notenauswechsel.

Das heftige Vorgehen der sogenannten Nankingregierung in verschobenen ihrem Einfluß unterworfenen Städten hat zu diplomatischen Weiterungen geführt. Marschall Tschiangkaifschek hat die Mitglieder des Sowjetgeneralkonsulats, der Sowjethandelsdelegation und der Dalbank in Schanghai aufgefordert, bis spätestens Mittwoch Schanghai zu verlassen. Die russischen Gebäude sind von Truppen Tschiangkaifscheks abgesperrt worden. In Hankau haben die chinesischen Behörden das sowjetrussische Konsulat besetzen und sämtliche Chinesen und Russen, die in den Räumen angetroffen wurden, verhaften lassen. Danach begann man in der ganzen Stadt mit der Verhaftung verdächtiger Kommunisten. In Nanton soll der sowjetrussische Vizekonful erschossen worden sein. Die einlaufenden Schreckensnachrichten sind zum großen Teil nicht kontrollierbar, doch scheint die Nankingregierung zum Bruch mit Rußland entschlossen zu sein.

Drohung und Widerdrohung.

Dem russischen Konsul in Schanghai wurde eine Note des chinesischen Außenministeriums der „nationalen“ Regierung übergeben, in der die Sowjetvertreter für den Ausbruch des kürzlichen Aufstandes in Nanton verantwortlich gemacht werden. Es werde daher festgestellt, daß die Vorkriegsrechte, die den russischen Konsuln im Gebiet der nationalen Regierung eingeräumt sind, annulliert werden und daß die Sowjethandelsagenturen ihre Tätigkeit einzustellen haben.

Darauf hat der Außenkommissar Tschitscherin aus Moskau in einer Protestnote geantwortet, die Sowjetregierung habe niemals die „nationale“ Regierung anerkannt. Die Ernennung der russischen Vertreter sei auf Grund von Verträgen mit der Pekinger Regierung im Jahre 1924 erfolgt. Die Sowjetkonsulate hätten sich in keiner Weise an einem Aufstand beteiligt oder ihn hervorgerufen. Die Sowjetregierung behalte sich alle Schritte gegen die dunklen Absichten unterworfenen sog. nationalen Regierung in Nanking vor.

Russische Note an die chinesischen Nationalisten.

Wie aus Schanghai gemeldet wird, hat der russische Generalkonsul in Schanghai dem Außenkommissariat in Schanghai die angeforderte Note der Sowjetregierung in russischer Sprache überreicht.

Dtspreuken vor den Kabinetten des Reichs und Preußens

Berlin, 19. Dezember. Die Kabinette des Reichs und Preußens beraten am Montag die gemeinsam durchzuführende Hilfsaktion für Dtpreuken. Am Dienstag wird von beiden Regierungen unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten eine gemeinsame Dtpreukenstiftung abgehalten werden, auf die Reichsaussenminister Dr. Stresemann bereits in seiner Königsberger Rede hingewiesen hat. Am Dienstag dürfte die Vorschläge des Ministerialdirektors Dammann, des Leiters der kürzlich eingerichteten Dtpreukenstelle im Reichsministerium des Innern, angenommen werden.

Ein amerikanisches Unterseeboot gesunken.

Provincetown (Massachusetts), 17. Dezember. Das amerikanische Unterseeboot S 4 wurde heute auf der Höhe von Woodend von dem zum Küstenschutz gehörenden Zerstörer „Paulding“ gerammt. Wie Augenzeugen berichten, war der Zerstörer gerade im Begriff, in den Hafen einzulaufen, als das Unterseeboot plötzlich vor ihm emportauchte. Da er keine Fahrtrichtung nicht mehr ändern konnte, stießen die Schiffe zusammen. Von der aus 4 Offizieren und 35 Mann bestehenden Besatzung des S 4 konnte niemand gerettet werden. Der Zerstörer „Paulding“ erreichte den Hafen mit Wasser im unteren Schiffsraum. S 4 war der Unterseebootbasis von New London zugeteilt und gehörte zur gleichen Klasse wie das im September 1925 auf der Höhe von Block Island vom Dampfer „City of Rome“ gerammte Unterseeboot S 51, das mit Offizieren und Mannschaften (33) unterging.

Weitere Einzelheiten der Katastrophe.

Ueber den Zusammenstoß zwischen dem früheren Zerstörer „Paulding“ und dem amerikanischen Unterseeboot S 4 werden jetzt folgende Einzelheiten bekannt: Das Küstenschiff „Paulding“, ein früherer Zerstörer, fuhr nach dem Hafen Provincetown, als der Kapitän plötzlich erkannte, daß er auf das Unterseeboot S 4 zuzufahren, das kurz vorher untergetaucht war und sich wenige Meter unter der Oberfläche befand. Der Kapitän konnte nicht mehr ausweichen. Bei dem Zusammenstoß wurde das Schiff „Paulding“ sehr stark erschüttert und erhielt ein großes Loch unterhalb des Rumpfes, so daß große Wassermassen in das Schiff eindringen. Es konnte nur noch ein Notsignal und einen Funkpruch nach Washington abgeben und mußte dann mit Volldampf dem Hafen zuzufahren, den es noch im letzten Augenblick erreichte, wo es sofort ausgepumpt wurde. Die zu der Unglücksstelle herbeieilenden Schiffe erkannten an einem großen Delfen, wo das Unterseeboot gesunken war. Das Wasser ist dort 150 Fuß tief. Man weiß nicht, ob die Mannschaften noch die nötigen Vorbereitungen zum Taustauchen haben machen können, oder ob das Unterseeboot durch den Zusammenstoß eingedrückt wurde. In diesem Fall wäre die Besatzung verloren. Aber auch wenn das Schiff nicht beschädigt sein sollte, bezweifelt man die Rettung der 39 Mann starken Besatzung, da das Schiff nur 75 Stunden unter Wasser bleiben kann. Es ist kaum anzunehmen, daß in der Zeit das notwendige Material zur Hebung des Schiffes herbeigeschafft sein kann und die Hebung selbst durchgeführt ist. Die Marineleitung hat sofort alle Vorbereitungen zur Hebung veranlaßt, aber das meiste Material muß von New York herbeigeschafft werden. Es sind bereits Taucher unterwegs, die das Schiff abhaken sollen um festzustellen ob die Besatzung noch am Leben ist.

Keine Lebenszeichen von der Besatzung des untergegangenen U-Bootes

New York. Ein Taucher hat das am Sonnabend untergegangene U-Boot S 4 erreichen können. Auf seine Kopfscheiben hat er jedoch keine Antwort erhalten. In amerikanischen Regierungskreisen rechnet man bereits mit dem Verlust der Besatzung des U-Bootes.